

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

wir haben in dieser Plenarwoche zwei wichtige Kompromisse geschlossen: beim Kohleausstieg und beim Thema Information über Schwangerschaftsabbrüche. Daneben haben wir viele weitere Themen behandelt, z.B. die Kultur im ländlichen Raum. Zudem hat die SPD-Bundestagsfraktion die klare Forderung nach einer Mindestausbildungsgütung gestellt.

Plenarrede zu Kultur im ländlichen Raum



Die Koalition verfolgt mit der „Agenda für Kultur und Zukunft“ das Ziel, die kulturellen Schätze der Regionen zu fördern und zu stärken und dadurch die Lebensqualität außerhalb von Metropolen weiter zu verbessern. Denn das Ziel der SPD ist es, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen. Darum haben wir in dieser Woche im Bundestag einen gemeinsamen Antrag der Regierungskoalition beraten, der die Bundesregierung zu mehr Anstrengungen in

der Kulturförderung auffordert. Ich habe dazu ein paar Takte im Bundestagsplenum gesagt.

→ Die ganze Rede gibt es online:

☑ <https://dbtg.tv/fvid/7322410>

→ Den Antrag gibt es hier: ☑ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/074/1907426.pdf>

Mindestausbildungsgütung

Wir haben die Debatte um die Mindestausbildungsgütung bereits im letzten Jahr gemeinsam mit Kevin Kühnert, Frederik Wernig und Vertreterinnen und Vertretern von Ver.di- und DGB-Jugend im Bürgerzentrum Schuhfabrik geführt. Jetzt wird es konkret. Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Und sie haben eine ordentliche Bezahlung verdient. Deshalb haben wir die Mindestausbildungsgütung in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.

Der Gesetzentwurf, den CDU-Bildungsministerin Karliczek vorgelegt hat, ist allerdings unzureichend. Wer die Berufsausbildung stärken will, darf die Auszubildenden nicht schlechter behandeln als Schülerinnen und Schüler. Wir erwarten, dass sie ihren Entwurf korrigiert. Die Mindestausbildungsgütung muss an der Tarifentwicklung anknüpfen und damit daran, was Betriebe ihren Auszubildenden tatsächlich zahlen. Nur so wird die Mindestvergütung dazu führen, dass die Azubis auch tatsächlich mehr Geld in der Tasche haben. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine Mindestausbildungsgütung ein, die den Namen verdient.

Diskussionsveranstaltung:

„Europa am Scheideweg? Brexit und kein Ende?“

Die Diskussion um das künftige Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Großbritannien nach dem Brexit beherrscht momentan die öffentliche Diskussion und die Schlagzeilen. Darüber hinaus steht am 26. Mai Europa vor einer Schicksalswahl. Wie geht es weiter, wie ist die aktuelle Lage, wie sind die Perspektiven?

Diese Themen wollen wir gemeinsam mit dem **GENERALSEKRETÄR DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPA (SPE)** und Sprecher der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion **ACHIM POST** diskutieren. Dazu laden wir Euch herzlich ein!

Dienstag, 5. Februar 2019,
um 19 Uhr,
Hotel Restaurant „Im Engel“,
Brünebreite 33-37, 48231 Warendorf

Bernhard Daldrup, Kreisvorsitzender
Wolfgang Stüker, Ortsvereinsvorsitzender

Mütterzentrum Beckum erhält Bundesförderung

Das Mütterzentrum Beckum wurde als einer von bundesweit 43 Standorten ausgewählt, die durch das neue Bundesprogramm „ProKindertagespflege: Wo Bildung für die Kleinsten beginnt“ gefördert werden, um die die Kindertagespflege weiter zu stärken. Damit erhält das Mütterzentrum Beckum, ebenso wie die anderen ausgewählten Standorte, bis 2021 eine Förderung von bis zu 150.000 Euro jährlich.

Ich freue mich über diesen Erfolg des Mütterzentrums Beckum und gratuliere dem ganzen Team sehr herzlich. Die Förderung stärkt nicht nur das Kitaangebot in der Region, sie ist auch eine verdiente Auszeichnung für die jahrelange engagierte Arbeit von Geschäftsführerin Frau Heese und ihrem Team.

Die Kindertagespflege ist heute neben der Betreuung in Kitas als familiennahe und flexible Betreuungsform eine wichtige Säule der Kindertagesbetreuung. Für viele Familien bietet sie eine attraktive und bedarfsgerechte Lösung. Daher begrüße ich das neue Bundesprogramm von Familienministerin Franziska Giffey zur Stärkung der Kindertagespflege und freue mich, dass auch der Kreis Warendorf davon profitiert.

Das Bundesprogramm „ProKindertagespflege“ setzt drei Schwerpunkte: mehr Qualifizierung der Tagespflegemütter und -väter, bessere Arbeitsbedingungen und Stärkung der Zusammenarbeit mit

den Kommunen, etwa durch die Finanzierung einer Koordinierungsstelle bei den jeweiligen Jugendämtern, die sich der Vernetzung und Beratung der Tagespflegemütter und -väter widmet.

AG Kommunalpolitik



AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion am 31.1.2019 zum Thema „Smart Cities“, hier mit (von links) Ralf Schulze (Referatsleiter im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/BMI), Gunther Adler (Staatssekretär im BMI), Elvan Korkmaz (zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion) und Elisabeth Kaiser (stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik).

Überall auf der Welt entstehen Initiativen, um den urbanen Raum vielfältiger, vernetzter, lebenswerter und in jeder Hinsicht „smarter“ zu gestalten. Die erfolgreiche Entwicklung von Smart Cities kann dabei nur mit und in den Kommunen gelingen. Für die Förderung von Smart-City-Modellprojekten zur integrierten Stadtentwicklung im Sinne der Smart City Charta haben wir mit dem Haushalt 2019 die Voraussetzungen geschaffen.

Mit der Förderung sollen Städte, Kreise und Gemeinden bei der digitalen Modernisierung und Entwicklung zu Smart Cities unterstützt werden. Die Digitalisierung soll mit und für die Menschen vor Ort und gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft gestaltet und genutzt werden – Ziel sind lebenswerte Kommunen im Sinne der nachhaltigen europäischen Stadt.



Volles Haus: Die AG Kommunalpolitik ist eine Querschnitts-AG, Abgeordnete aus allen politischen Themengebieten sind eingeladen, hieran teilzunehmen.

Aber was genau ist eine „Smart City“? Welche Lebensbereiche können dadurch verbessert werden? Ist die Smart City die Lösung kommunaler Herausforderungen? Was haben die erfolgreichen

Smart Cities gemeinsam und wie gelingt der Aufstieg in die Spitzengruppe? Über diese Fragen und über das geplante Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ haben wir diese Woche in der AG Kommunalpolitik diskutiert. Als Gast begrüßten wir dafür den Staatssekretär im Bundesbauministerium Gunther Adler und die Berichterstatterin der Fraktion Elvan Korkmaz MdB.

Rückblick: FES-Münsterland mit Karl Lauterbach in Sendenhorst

Am 24. Januar ging es um die Stärkung der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen. Ein Thema, das Kommunen insbesondere aufgrund des demografischen Wandels, bereits heute vor viele Herausforderungen stellt. Und das auch die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Mit mehr als 120 Besucherinnen und Besuchern war der Veranstaltungsraum im Hotel Waldmutter in Sendenhorst bis auf den letzten Platz gefüllt. Ich habe die Veranstaltung gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert.



Am 24. Januar bei der Veranstaltung "Gute medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärken! – Innovation durch Koordination und Kooperation", hier mit Werner Strotmeier (M.), Vorsitzender des Kuratoriums des Sendenhorster St. Josef-Stiftes, und Karl Lauterbach (r.). Foto: Reinhard Baldauf.

Das große Interesse lag auch daran, dass mit Karl Lauterbach einer der profiliertesten Gesundheitspolitiker in Deutschland an der Veranstaltung teilnahm. Karl Lauterbach skizzierte in seinem Impulsvortrag die drängendsten Herausforderungen unseres Gesundheitssystems: Ein sinkender Anteil an Hausärzten, zu wenig Medizinstudienplätze und zu wenig Pflegekräfte, bei gleichzeitig steigenden Behandlungskosten einer immer größer werdenden Zahl versorgungsbedürftiger Bürgerinnen und Bürger. Dies setze zugleich die Quantität und Qualität der Versorgung auf dem Land zunehmend unter Druck.

Die SPD trägt in dieser Legislaturperiode mit einer zielgerichteten politischen Agenda zur konkreten Verbesserung der Situation bei – beispielsweise

durch die Wiederherstellung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Einführung einer elektronischen Patientenakte und die tarifliche Bezahlung aller Pflegekräfte.

➔ **Einen ausführlichen Bericht zu der Veranstaltung gibt es [auf der Webseite der FES.](#)**

Reform der Grundsteuer – auf der Zielgeraden

Jahrzehntelang haben Bund und Länder ergebnislos diskutiert, jetzt biegt die Reform der Grundsteuer auf die Zielgerade ein. Es geht um die Sicherung der von jährlich 14 Milliarden Euro, die für die Kommunen unverzichtbar sind. Die Städte und Gemeinden finanzieren damit Sportplätze, Kultureinrichtungen und vieles mehr.

Nach Ansicht von Bernhard Daldrup, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, gibt es trotz allem keine Alternative zu einem wertabhängigen Modell. "Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, dass die wirtschaftliche Verwertbarkeit einer Immobilie in die Besteuerung einfließt. Das müsste auch der Union klar sein."

Ausschnitt aus der WELT vom 29. Januar 2019. Den [Artikel gibt es online.](#)

Die Reform ist schwierig, weil es sowohl zwischen den einzelnen Bundesländern, als auch zwischen uns und unserem Koalitionspartner unterschiedliche Vorstellungen gibt, wie die Reform aussehen soll. Auch der ehemalige Finanzminister Schäuble hatte keine Reform hinbekommen. Wir hingegen machen das jetzt und sichern damit die Finanzbasis der Kommunen.

Der SPD-Abgeordnete Daldrup kritisierte, CDU und CSU wollten alle Immobilien über einen Kamm scheren. Ihr sogenanntes Einfach-Modell entlarve sich als "Einfach-ungerecht-Modell". Er fragte nach dem Kalkül der Union. "Will sie etwa die Steuern der Besserverdienenden dem Niveau der Billigimmobilie gleichsetzen?" Die Union scheue falsche Tatsachen nicht und mache Extremfälle zum Normalfall. So habe Unionsfrakti-

Ausschnitt aus der FAZ vom 14. Januar 2019. Den [Artikel gibt es online.](#)

Für uns ist wichtig, dass die Reform für eine gerechte Steuer sorgt. Wir wollen deshalb ein sogenanntes wertabhängiges Modell, das dafür sorgt, dass Eigentümer von teuren Immobilien in guten Lagen mehr Grundsteuer zahlen müssen, als eine Familie in der Doppelhaushälfte am Stadtrand. Die Union will das nicht! Sie hätten am liebsten ein

Modell, bei dem der Wert keine Rolle spielt, sondern lediglich die Fläche von Grundstück und Gebäude. Das würde dazu führen, dass alle gleich viel zahlen – egal ob Luxusapartment in der Innenstadt oder Häuschen auf dem platten Land. Das ist mit uns nicht zu machen.

Das Modell von Olaf Scholz aber sei ohnehin so angelegt, dass extreme Steigerungen vermieden würden, sagt Bernhard Daldrup. Die Kommunen könnten beispielsweise über den Hebesatz das »Feintuning« übernehmen, so würden Verzerrungen vor Ort vermieden.

Daldrup ist Obmann der SPD im Bauausschuss. Er wirft der Union vor, das Thema für politische Ränkespiele zu nutzen. »2016 haben sich 14 von 16 Bundesländern auf ein Reformmodell geeinigt, das in eine ähnliche Richtung ging wie das aktuelle, es war nur deutlich komplizierter.« Dementsprechend habe CDU-Mann Wolfgang Schäuble vonseiten des Bundes nicht mitgezogen. »Nun hat Scholz einen sinnvollen neuen Vorschlag gemacht – und plötzlich machen vor allem die unionsgeführten Länder Stimmung dagegen mit völlig überzogenen Argumenten.«

Ausschnitt aus dem SPIEGEL vom 26. Januar 2019. Den [Artikel](#) gibt es online (kostenpflichtig).

So wichtig die Grundsteuer für die Kommunen ist, so überschaubar ist die individuelle Belastung: im Durchschnitt werden 19 Cent Grundsteuer pro Quadratmeter und Monat fällig – das entspricht in etwa den Kosten für Müllabfuhr oder Hauswart. Trotzdem hat Olaf Scholz ein Modell vorgelegt, das explizit Mieterinnen und Mieter vor einem zu starken Anstieg der Grundsteuer schützt, gerade auch in angespannten Wohnungslagen. Die Befürchtungen über angebliche Kostenexplosionen sind unbegründet. Dafür werden wir als SPD sorgen. Am heutigen Freitag beraten die Länderfinanzminister über mögliche Kompromisslinien. Wir werden Euch auf dem Laufenden halten.

Kohlekommission

Am vergangenen Freitag hat die Kohlekommission (offiziell: Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“) nach langem Ringen fast einstimmig einen Bericht mit Empfehlungen für einen geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung verabschiedet. Erstmals wird ein konkretes Datum für einen Ausstieg aus der Kohle genannt: Bis spätestens 2038 soll der Ausstieg aus der Kohleverstromung vollzogen sein – nicht einmal das kurzlebige Jamaika-Bündnis unter Beteiligung der Grünen hatte sich auf ein konkretes Ausstiegsdatum einigen können. Einen besonderen Fokus legt die Kommission bei ihrem Bericht auf die Versorgungssicherheit, stabile Strompreise und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen.

Wichtig ist dabei, dass wir Klimaschutz zusammenbringen mit einem Strukturwandel, der die Betroffenen an die Hand nimmt und mit ihnen zusammen die Zukunft der Regionen gestaltet. Unser Konzept, aus Betroffenen Beteiligte zu machen, ist aufgegangen. Wir haben und werden mit den Betroffenen in den Revieren reden – und nicht lediglich über sie.

Natürlich wird das Ganze eine Menge Geld kosten. Aber die Aufgabe ist es wert. Die derzeitigen und die ehemaligen Kohlereviere waren jahrzehntelang ein Wirtschaftsmotor für ganz Deutschland. Jetzt ist es eine gesamtdeutsche Aufgabe, ihnen eine wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen.

→ Den ganzen [Abschlussbericht](#) kann man hier herunterladen.

Diskussionsveranstaltung:

„Gesundheit!“

Aktuelles zur Gesundheits- und Pflegepolitik aus der SPD-Bundestagsfraktion

- Gast: **Sabine Dittmar MdB**, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Am Mittwoch, den 27.02.2019,
von 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr.

Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben!

Wir tragen Kompromiss zu Paragraph 219a mit

Am vergangenen Dienstag hat es in der Fraktion eine Debatte zum Reformvorschlag für den umstrittenen Paragraphen 219a Strafgesetzbuch, der „Werbung“ für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Die Debatte in der Fraktion hat ergeben, dass wir den vorliegenden Kompromissvorschlag mittragen werden. Problematisch an der aktuellen Regelung ist, dass nicht ausreichend klar ist, was unredliche Werbung und was notwendige Information ist: Der Paragraph ist zwar mit „Werbeverbot“ überschrieben, verbietet derzeit faktisch aber auch sachliche Information. Diese Unklarheit muss beseitigt werden.

Der Reformkompromiss sieht vor, dass Ärztinnen und Ärzte künftig straflos darüber informieren können, dass sie Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Werbung, etwa für bestimmte Methoden, bleibt aber weiterhin verboten. Zudem wird die Bundesärztekammer verpflichtet, eine Liste der Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen anzulegen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Auf diese Weise können sich Betroffene künftig einfacher hierüber informieren.

Praktikant aus Sendenhorst im Bundestag

„Ich heiße Lars Schüttelhöfer, bin 21 Jahre alt und komme aus Bernhard Daldrups Heimatstadt Sendenhorst. Als Politikstudent im dritten Semester interessiere ich mich schon lange für die Arbeit unserer Bundestagsabgeordneten, weshalb Ich mich über die Möglichkeit eines Praktikums „vor Ort“ sehr gefreut habe.“



Bernhard Daldrup und Lars Schüttelhöfer am 1.2.2019 im Deutschen Bundestag.

„Eine Woche lang durfte ich mit Bernhard verschiedene Ausschüsse und Gremien besuchen und einen Blick hinter die Kulissen werfen. Dabei hat mich besonders die Menge an Energie und Zeit überrascht, die Bernhard und seine Mitarbeiter in ihre Arbeit investieren. Es war eine ebenso interessante wie intensive Woche.“



Praktikantenprogramm der SPD-Bundestagsfraktion: Am vergangenen Donnerstag habe ich mit 25 Praktikantinnen und Praktikanten der Fraktion über Kommunalpolitik und die Arbeit im Bundestag gesprochen. Schön zu sehen, dass die SPD so viele motivierte und engagierte junge Menschen anzieht.

Veranstaltungshinweis

Diskussion zum „Digitalpakt Schule“

Digitale Systeme und Werkzeuge durchdringen die Gesellschaft. Auch die Schulen müssen digital werden. Mit dem Digitalpakt Schule wollen Bund und Länder für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik sorgen. Derzeit wird über eine entsprechende Grundgesetzänderung verhandelt. Warum sind digitale Arbeitsmittel für den Unterricht wichtig? Was kann der Digitalpakt leisten? Und wie sollte die Schule von morgen aussehen?

Darüber möchten wir mit dem **bildungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, OLIVER KACZMAREK**, diskutieren.

Am **8. März 2019**,
18 bis 20 Uhr.

Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben!

Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet Euch. Ihr wisst, wie es geht.

Euer